

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtsige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 88.

Donnerstag, den 13. April 1905.

12. Jahrg.

Rüftet zur Mai-Feier!

Was sind Regierungsversprechen wert?

saz. Diese Frage ist jetzt für die Bergarbeiter Preußens sehr brennend geworden. Von ihrer Beantwortung hängt es ab, ob die deutschen Bergleute auf eine Berggeschichtsnovelle rechnen dürfen, die wenigstens halbwegs den Namen eines Bergarbeiterschutzes verdient, oder ob ihnen ein Machwerk vorgelegt werden muß, wie es die Berggesetzkommission des Abgeordnetenhauses geschaffen hat und das nach dem, was für die zweite Lesung angekündigt, nicht bloß keinen Arbeiterschutz, sondern auch noch eine derbe Dosis Arbeitstaug bringen soll. Kurz, ein Gesetz, das bitteren Hohn auf das Versprechen darstellt, das die preussische Regierung den streikenden Ruhrbergleuten feierlich gegeben hat.

Dass es der Regierung ein leichtes sein würde, die Vernichtungskommission des Bergarbeiterschutzes zu zwingen, ihre Berichtigungen wieder gut zu machen, steht fest. Sie hat der Trümper genug in der Hand. Es fragt sich nur, ob sie sie — ausspieleten will. Herr Möller braucht nur zu erklären, daß das, was die Kommission aus der Vorlage gemacht hat, für die Regierung unannehmbar ist, daß die Bestimmungen des Entwurfs das Mindestmaß dessen ist, was die Regierung verlangen muß, daß sie sich nichts abhandeln lassen kann und, wenn das Abgeordnetenhaus den Beschlüssen der Kommission beitrete, die Vorlage zurückziehen und dann, da der Landtag sich unfähig zur Erfüllung einer sozialreformwürdigen Aufgabe erweisen, an den Reichstag gehen werde. Und wie weiten hundert gegen eins, daß die Herren Arbeiterfeinde des Dreiklassenparlaments umfallen würden wie Bleisoldaten und die Regierungsvorlage mit Haut und Haaren schlucken würden, nur um der Gefahr zu entgehen, daß vielleicht der Reichstag die Regierungsvorlage noch verbessere.

Frägt sich, wie gesagt, nur, ob die Regierung bereit ist, diese Karte auszuspielen. Scheint aber nicht so! Nach der ganzen Haltung der Regierungsvorrede in der Demotivationskommission kann man ihnen solche Manöver (für Arbeiterinteressen!) nicht zutrauen. Herr Möller, der wenig Mühe angewandt hat, um sein Wort vor den Wandbalenbüchsen der Dreiklassenmänner zu schützen, sollte plötzlich zum ritterlichen Verteidiger der gemißhandelten Vorlage werden, sollte auf einmal die Sache der Bergarbeiter zu einer Haupt- und Staatsaktion machen und Bülow, der Mann, der innere Reiben fürchtet, der den Kapazitäten um hohen Preis den Junkern abkauft, der sollte nun plötzlich diese selben Junker und nebenbei auch noch die Schlotbarone auf festigste bekämpfen? Das sollte die Regierung tun, die in der Vernichtungskommission sogar einen „gut formulierten“ Arbeiterswillkürschutz, d. h. auf gut Deutsch: einen Strich für das Recht auf Streik und Organisation als aufnahmefähig in die Berggeschichtsnovelle bezeichnete? Das glaube, wer da will! Wir meinen, daß eine offiziöse Aeußerung, die die „Berliner Volkszeitung“ geteilt haben will, den Regierungskurs richtig zeichnet, und diese Aeußerung lautet:

Der preussischen Regierung scheint es, soweit es sich übersehen läßt, nicht sehr nahe zu gehen, daß ihre Vorlage verschlechtert ist. Sie hat ihr Wort gehalten und hat Verbesserungsvorschläge gemacht. Wenn der Landtag ihr nicht folgt, so ist es sehr bedauerlich, aber nicht zu ändern.

Das ist der schwächliche, aber natürliche Ausweg aus der Sackgasse für diese Regierung. Hinter einer sophistischen Auslegung wird man zu verdecken suchen, daß man den Bergleuten das gegebene Wort gebrochen hat! Graf Bülow wird mit dem öhigen Pathos, der ihm eigen ist, vor der Öffentlichkeit beteuern, er habe das Schicksal genau, und wird sich womöglich noch spiegeln in der Pose des seiner Zeit vorausgeschrittenen Staatsmannes, dessen weißliche Bläue an der Gesichtshaut ein Zeichen eines rückständigen Parlaments schreit. Und diese Tragödie der verkommenen Größe wäre doch nur eine erbärmliche Komödie, denn Graf Bülow hat dieses Parlament ja aus eigenem Willen, ohne jede zwingende Notwendigkeit zum Richter über die Berggeschichtsnovelle gesetzt und so viel Wissen dürfen wir selbst dem Blatzenkanzler zutrauen, daß ihm nicht verborgen war, welche Aufgabe sein Entwurf im Parlament der Besitzenden Preußens finden würde. Wenn er nicht von vornherein entschlossen war, die härtesten Mittel anzuwenden, um den Entwurf durchzubringen, so war das Versprechen überhaupt nicht ernst gemeint, so hätte die Regierung lediglich mit der arbeitserfreundlichen Mehrheit des Abgeordnetenhauses ein Spiel mit verteilten Rollen gespielt, bei dem die Bergleute die Genanten sind. Das liegt so

klar zutage, daß auch der königtreueste Bergmann Preußens den Sachverhalt erkennen wird, daß auch der evangelische Arbeitervereiner durchschauen kann, wie hier „für die Monarchie“ gearbeitet worden ist. Und dennoch — obgleich der Reichstag die Erhaltung königstreuer Bekenntnisses in der Bergarbeiterschaft als seine vornehmste Aufgabe hinstellt, dennoch ist es wahrscheinlich, daß er nach dem Rezept der offiziellen Aeußerung handeln wird, die die „Berl. Volkszeitung“ wiedergibt. Denn mehr noch als das Sozialdemokratische werden der noch königstreuen Kaubpen fürchtet der preussische Ministerpräsident den Horn der Junker und Schlotbarone.

Natürlich wird die preussische Regierung versuchen, noch zu retten, was zu retten ist. Der „Hannoversche Kurier“ berichtet als „offizielles Geheimnis“, daß die Drohung, die Regierung werde an den Reichstag gehen, wenn die zweite Lesung in der Vernichtungskommission nicht ein ganz anderes Resultat ergebe als das der ersten, keine leere Drohung sei. Graf Posadowsky habe den Entwurf zu einer Reichsbergarbeiterschutzesvorlage schon im Kasten liegen. Denn die Regierung habe sich für verpflichtet, ein Gesetz durchzuführen, das sich einigermaßen sehen lassen kann. Wie jetzt das ausgebrütet ist. Die Mehrheit des Dreiklassenparlaments wird daran ihre helle Freude haben. Man weiß sie alle, wenn sie die arme Vorlage nur nicht gar zu sehr verhasst, so ist die Regierung schon zufrieden; sie besieht gänzlich darauf, daß sie unverändert, unverbessert angenommen wird. Und darüber, was sich sehen lassen kann und was sich nicht sehen lassen kann, sind ja so viele Meinungen möglich, und bei einigem Wohlwollen, das die preussische Regierung für ihre Junker ja doch stets bereit hat, wird sie ja auch einsehen, daß selbst die von der Vernichtungskommission konstruierte Boykottbewegung sich einigermaßen sehen lassen kann. (Die Rhein. Westf. Zig., das Kohlenarbeiterblatt, vergleicht mit nicht üblem Wig die von der Kommission verurteilte Regierungsvorlage mit einem gerupften Vogel.) Man muß nur den Ton auf das richtige Wort legen!

Kein Wunder denn auch, daß die Junker an dem Erfolg ihres Feldzuges gegen die Bergarbeiter durchaus nicht zweifeln und die Drohungen der Zentrumspresse mit dem Reichstage absolut nicht ernst nehmen. Die „Deutsche Tageszeitung“ entgegnet auf die Forderung der „Germania“, die Regierung solle ans Reichsparlament gehen, im schroddrigsten Qualifikation, die Regierung würde sich dadurch nur unerbittlich blamieren, da sie ja vor kurzem erst die Zuständigkeit des Reichstages aufs heftigste bestritten habe. Die Junker vertrauen darauf, daß sich die Regierung durch ihre Einbringung der Novelle im Abgeordnetenhaus selbst die Hände gebunden habe und daß also die Regierungsvorlage ihnen schupplos überlassen ist. Und sie kalküliren nicht ganz unrichtig.

Nur um den Preis einer Blamage kann die Regierung ihre Vorlage aus den Händen des preussischen Dreiklassenparlaments befreien. Und diese Blamage und den Horn der Junker fürchtet sie mehr als die Erbitterung der Bergleute und der Arbeiterschaft überhaupt. Mehr als die unabwendbare Antwort, die nach ihrem Zurückweichen vor der arbeitserfreundlichen Mehrheit des Dreiklassenparlament erfolgen muß auf die Schicksalsfrage: Was sind Regierungsversprechen wert?

Politische Studien.

Die deutsche Klassenjustiz hat wieder ein Menschenleben mehr auf dem Gewissen. In Marienburg tobte im vergangenen Sommer ein Lohndampf im Baugewerbe, bei dem die Polizei mit einer sogar in Preußen ungewohnten Brutalität auftrat. Wegen Streikvergehen wurden einzelne monatlang in Untersuchungshaft gehalten. Ja, man verhaftete sogar das Streikkomitee und setzte es hinter Schloß und Riegel. Das Marienburger Schöffengericht erkannte gegen die Streikenden auf viele Monate Gefängnis. Am übelsten wurde der Maurer Sprunt aus Königsberg mitgespielt. Dieser nahm gar nicht teil an dem Streik, sondern arbeitete bei einem Unternehmer, der bewilligt hatte.

Am Quartalfest, an dem nach altem Brauch nicht gearbeitet, wohl aber tapfer gearbeitet wurde, schoß der Polizei Kruszewski dem Maurer Sprunt eine Kugel durch beide Beine. Die verlogene Dohrpresse mußte sofort zu erzählen, daß der Polizei diese

Bluttat „nur in der Notwehr“ verübt habe. Von einer Verhaftung des Poliziers nahm man Abstand, und von einer Bestrafung hat man auch nichts gehört. Der Maurer Sprunt mußte natürlich ins Krankenhaus gebracht werden. Nachher machte man ihm den Prozeß, und er erhielt vom Marienburger Schöffengericht ein Jahr drei Monate Gefängnis. Sprunt legte Berufung gegen das entsehlige Urteil ein, er hoffte, daß die Eibinaer Richter es wenigstens etwas abmildern würden. Sein Hoffen war umsonst; die Berufung wurde verworfen und der Beurteilte hatte noch obendrein einige Zeit länger in Untersuchungshaft zugebracht. Dabei handelt es sich um einen Lungenkranken Mann, der diese lange Untersuchungshaft und später auch die Strafsaft durchmachen mußte.

Anfangs dieses Jahres wurde er nach Königsberg gebracht. Er hatte erfahren, daß seine Frau, die in Königsberg wohnt, von einem Kinde entbunden worden war, und hat nun den Transporteur, er möge doch zusammen mit ihm nach seiner Wohnung gehen, er möchte so gerne seine Frau besuchen. Der Transporteur, der ein Mensch war, kam seinem Wunsch nach. Aber die Sache wurde rückbar, und es wurden dem Sprunt drei Tage Kostmälierung auferlegt. An drei Tagen sollte er nur ein wenig Brot und Wasser erhalten. Der Arzt, der beiseitigen sollte, ob Sprunt auch die „Kur“ aushalte, erklärte nach der Untersuchung, er könne es nicht verantworten, daß man dem Jahstierten die Kost entziehe. Vielmehr verordnete er dem Mann, als er sah, in welchem Zustand er sich befand, sogar noch Milch. Die Staatsanwaltschaft gab sich mit dem Bescheid zufrieden. Nach einiger Zeit fragte sie aber an, ob Sprunt die drei Tage je verbüßen könne. Der Gerichtsarzt untersuchte ihn wieder und gab die Erklärung ab, daß Sprunt eine derartige Strafe, so lange wie er lebe, nicht verbüßen könne, da er durch und durch krank sei. Die Staatsanwaltschaft in Königsberg wandelte nun die Strafe in Entziehung der Rechte um.

Am 8. Februar dieses Jahres wurde Sprunt wieder ins Marienburger Gefängnis transportiert. Auf dem Marienburger Bahnhof trank er ein Glas Bier und einen Kognak. Ein Aufseher des Gefängnisses besetzte das und Sprunt erhielt wieder drei Tage Kostmälierung. Er wurde zum Arzt, Dr. Albert, geführt und dieser bescheinigte, daß Sprunt fähig sei, die Strafe anzutreten. Dieser ahnte, was ihm bevorstand, und bat, auf seinen Zustand Rücksicht zu nehmen. Er sagte dem Arzt, daß er schon in einer Drogenheilstätte gewesen sei. Hals nicht, die Strafe wurde vollstreckt an dem kranken Mann. Nun blieb er nicht gleich tot auf der Strecke, wohl aber erkrankte er gefährlich. Als man ihm am vierten Tage zu essen anbot, bekam er nichts herunter, dafür fiel er in eine schwere Krankheit, ein heftiges Fieber ergriff ihn, er hatte 39,8 Grad Fieber und mußte nach dem Krankenhaus geschafft werden. Hier lag er über vier Wochen, und als gebrochener, arbeitsunfähiger Mann wurde er entlassen. Jetzt hatten auch die Tore des Gefängnisses Mitleid mit ihm; sie öffneten sich nicht mehr, um ihn zu empfangen, sondern er war frei, er konnte gehen. Mit auf den Weg gab man ihm folgenden Bescheid: „Die Strafvollstreckung wird gemäß § 487 Abs. 3 R.-Str.-Pr. O. aufgeschoben, weil Sie sich in einem körperlichen Zustande befinden, welcher die sofortige Vollstreckung mit der Einrichtung der Strafanstalt unvertäglich macht.“

Wie entsehligh ist doch diesem Manne mitgespielt worden. Seine Gesundheit ist zerrüttet, in einer Krankenkasse befindet er sich nicht. Mittellos steht er da. Seine Familie muß in der schwersten Weise mit leiden. Arbeit kann er nicht aufnehmen, so daß außer der schweren Krankheit ihn auch noch Not und Elend heimsucht. Gegen den Marienburger Gefängnisarzt wird er Strafantrag wegen Körperverletzung stellen, schon um zu verhindern, daß es anderen Strafgefangenen ebenso geht. — So die „Königsb. Volkszeitung“, der wie diesen Vorfall entnehmen. Wenn diese Darstellung richtig ist, so liegt hier nicht nur ein Fall entsehligher Klassenjustiz, sondern ein justizbureaucratischer Klassenhaß vor, der seiner aufreizenden Wirkung halber die weitestgehende Verbreitung unter der deutschen Arbeiterschaft verdient. Solange

moßen klar, die in folgender Londoner Meldung über-
mittelt wird: Der amerikanische Gesandte in Tokio ist mit
einem Telegramm aus Washington von den Japanern dahin
in Kenntnis gesetzt worden, daß der Hafen von Kure an
der Nordküste von Honshu bis auf weiteres für fremde
Schiffe gesperrt ist, man nimmt an, weil Admiral Togo
ihn als Stützpunkt für den Krieg zu benutzen wünsche. — Ein solcher
Stützpunkt würde die Japaner in die Lage setzen, den An-
gang aus dem Chinesischen Meer nach dem Großen Ozean
zu beherrschen, was an dieser Stelle wird man mit einigen
Wahrscheinlichkeiten den Schanzplan einer wichtigen Entscheidung
suchen müssen. Von den Ambois-Felsen bis dahin ist aber
noch ein Weg von weit über 1000 Meilen.

Die Russen nehmen jetzt den Mund wieder sehr voll.
Ein Brief von der Flotte Roschdestwenzky, der diese an-
sprechende Stimmung schildert, besagt u. a.: „Wir hoffen
auf Erfolg, denn angefangen vom Admiral Roschdestwenzky
bis hin zu allen mit ihm vereint, für das Vater-
land zu sterben. Ich bin überzeugt, was das Po-
tential der Flotte an dem Hafen ausgelassen und hätte
sich lediglich das Ziel gesetzt, unterzugehen für das Vaterland,
der Sieg wäre sicher gewesen; doch man wollte die Festung
Port Arthur retten, hatte Angst sie zu verlassen, ließ lieber
Flotte und damit Port Arthur zu Grunde gehen. Jetzt sagt
man natürlich, welchen Schaden hat aber die Festung den
Japanern zugefügt; eine ganze Flotte wurde niedergelassen.
Doch was bedeuten 100 bis 150000 Mann für eine Bevöl-
kerung von 47 Millionen. Wir haben nur verloren, weil
wir nichts opfern wollten. Wir wollten aus dem Hinter-
halte kämpfen und dabei so wenig wie möglich riskieren und
wir haben dabei alles verloren.“ — Mit solchen patriotischen
Redensarten gewinnt man keine Schlachten!

Wochen und Monatsberichte.

Mittwoch, den 12. April

Achtung, Fischhändler! Ueber den Fischhändler-Ver-
trieb von H. Dreyer ist wegen Lohnunterschieden die Sperre
verhängt. Zugang ist ferngehalten.

Die Lohnkommission der Fischhändler.

Achtung, Radler! Die Radfahrsteuer ist bis
zum 15. April zu bezahlen.

Die Gründung eines Radfahrervereins be-
schäftigte sich am Montagabend eine vom Detailistenverein
einberufene Versammlung. Als Referent war Herr
Hilfmann aus Bremen erschienen, der es sich zur Aufgabe
gemacht hatte, gegen die Konsumvereine zu Felde zu
ziehen. Die Argumente, mit denen er kämpfte, waren
allerdings recht schlüssig und hatten einerseits Kritik
nicht stand. Dann wurden die „Vorteile“ der
Radfahrervereine besonders hervorgehoben und der Schluss
war die Gründung eines Radfahrervereins.

Die diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen
finden statt: Am Donnerstag, den 13. April,
vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie
(ausschließlich Krankenträger) der Jahresschicht 1895. Am
Donnerstag, den 13. April, vorm. 11 Uhr, für
sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Kran-
kenträger) der Jahresschicht 1897.

Aus dem Gerichtsamt. Wegen Verleumdung
hatte sich gestern vor dem Schöffengericht der Maurer-
meister S. aus Travemünde zu verantworten. Der An-
klage liegt folgender, nicht uninteressanter Vorfall zu
grunde. Die Gemeinde Travemünde ist auf der Suche
nach Quellen für eine neue Wasserleitung; man entdeckte
auch, daß eine von der Gemeinde gepachtete, dem lübischen
Staat gehörige Koppel den nötigen Wasserreichtum besitze.
Es wurde deshalb beschlossen, die Koppel zu erwerben.
Nun ist aber auch der lübische Staat verpflichtet, eine
Wasserleitung für die Villenkolonie Neutravemünde zu
bauen. Obwohl beschlossen war, es solle geheim gehalten
werden, daß die betreffende Koppel wasserhaltig sei, so er-
fuhr der Direktor unseres Wasserwerkes, Hage, durch den
Gemeindevorsteher Meinde doch davon, und die Folge war,
daß der Staat den Kauf ablehnte, weil er die Koppel für
die eigenen Wasserwerke benutzen will. Diese Angelegen-
heit wurde im Gemeinderat zur Sprache gebracht. Der
Maurermeister S. bezeichnete den Gemeindevorsteher als einen
Verräter und behauptete Travemünde wegen der herrschen-
den Klatschpolitik, durch welche das Städtchen die Koppel
verloren habe. Hierdurch fühlte sich der Gemeindevorsteher
beleidigt und strengte Klage gegen S. an. Nachdem die
Wahrheit der vom Angeklagten behaupteten Tatsachen
nachgewiesen wurde, billigte das Gericht dem S. doch den
Schutz des § 193 zu, obwohl aus der Form seiner Verleu-
dungen die Absicht der Verleumdung hervorgehe. Der An-
geklagte hatte zwar das Recht zu einer scharfen Kritik, aber
er durfte nicht beleidigen; weil es sich um die Person des
Gemeindevorstehers handelt, so mußte auf eine verhältnis-
mäßig hohe Geldstrafe erkannt werden. Das Urteil lautete
auf 50 Mk. Geldstrafe. — Da es vor Gericht kein An-
sehen der Person geben soll, so muß man sich nun un-
derrn, daß die angebliche Verleumdung eines Travemünder
Gemeindevorstehers, nur weil er dieses Amt bekleidet,
extra hoch bestraft werden muß. Daß durch den Ver-
lust der Angelegenheit das Ansehen des Gemein-
devorstehers, der Dinge, die geheim gehalten werden
sollen, an interessierte Personen mittel, gestiegen ist,
müß billigerweise bezweifelt werden. — Wegen Ver-
leumdung wurde der Arbeiter K., der einen Polizisten
melder ihn, der lärmte, zu Ruhe verwies, aufbehalten,
zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Richterliche Ent-
scheidung beantragt der Kunstgärtner R., der wegen
Wassergeruchung ein Strafmandat über 3 Mk. erhalten
hatte. Auf dem Grundstück des Angeklagten befindet sich
ein Zapfhahn, der nicht geschlossen war, als der Revier-
der Stadtwerkstatt kontrollierte. R. glaubte nicht ver-
antwortlich zu sein, weil auch andere Personen die Zapf-
stelle benutzen. Das Gericht konnte nicht zu einer Ver-
urteilung kommen, da aus der betr. Verordnung, welche
in Betracht komme, nicht zu ersehen sei, daß der Haus-
besitzer zu bestrafen ist, wenn andere Personen Wasser von
seiner Zapfstelle entnehmen können. — Einen Monat Ge-
fängnis erhielt der Kutscher B., der seinem Arbeitgeber
Gelder in Höhe von 105,55 Mk. unter der Hand und
später leichtsinnig verschwendete.

Giltigkeit der Schulzeugnisse. Der Reichsanwalt ver-
öffentlicht eine Vereinbarung zwischen dem preussischen
Unterrichtsministerium und der Stadt Lübeck über die Gil-
tigkeit der von der Lübecker Ober-Schulbehörde ausge-
stellten Zeugnisse.

In der Stadthalle gastieren am Donnerstag und
Freitag die Japaner. Es wird jedenfalls eine starke Be-
such zu verzeichnen sein. — Am nächsten Montag u.
Dienstag wird das rühmlichst bekannte Operetten-Ensemble
des „Neuen Theaters“ in Hamburg zwei Vorstellungen
geben. Zur Aufführung gelangen die Operetten „Wiener
Blut“ und „Strolche-Girofla“.

Die Generalversammlung des Lübecker Konsum-
vereins findet am Freitag im Vereinshaus statt. Die

Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt die Anwesenheit
sämtlicher Mitglieder.

Haubeldregister. Am 11. April 1905 ist bei der Firma
Conr. Müller u. Co. in Lübeck eingetragen: Die Be-
sitzer des Hans Leopold Marian Jürgens ist erloschen.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man:
Herr Hans Jofner, unser erster Held, hat am Donner-
stag sein Benefiz und wählte dazu „Faust I. Teil“, der
den vielfachen Wünschen wegen noch einmal wiederholt
wird. Es ist also durch diese Aufführung noch einmal
Gelegenheit geboten, dieses Werk des großen Dichters sich
anzusehen. Freitag geht als vorletztes Vorstellung und
letzte Operenvorstellung „Das Glöckchen des Cre-
miten“ und „Cavalleria rusticana“ in Szene,
während am Sonnabend, dem Schluß der Saison, zum
Abschied des Herrn Direktors Gottscheid „Zapfen-
streich“ zur Aufführung gelangt.

Diebstähle. Vor einigen Tagen ist vom Marien-
Kirchhof ein zweifarbiger, mattgelbgefarbener Handwagen
mit doppelter Deichsel, ohne Seitenbreiter abhanden ge-
kommen und vermutlich gestohlen worden. Beide Deichsel-
bäume sind am Handgriff beschädigt. — Gegen eine in der
Ludwigstraße wohnhafte Arbeiterin wurde Anzeige wegen
Diebstahls erstattet. — Vom Hausflur eines in der Fleisch-
hauerstraße wohnhaften Weinhändlers wurden am ver-
flossenen Montagabend zwei Flaschen Portwein gestohlen.
Die eine Flasche trug ein weißes Etiquett mit Golddruck:
„No. 3 Fine Superior, Old Port-Wine, Oporto, Otto Voigt,
Lübeck; die Aufschrift auf der zweiten Flasche lautete:
„Feinster Alter Weißer Portwein, Oporto, Otto Voigt,
Lübeck.“

Schönbüden. Gegen die geplante Wahl-
rechtsveränderung sprach sich gestern Abend
eine gut besuchte Volksversammlung aus, in welcher Ge-
nosse Wisjel das Referat hatte.

e. Stöckelndorf. Noch niemals war es den Arbeitern
vorgut, im Kaffeehaus in Stöckelndorf eine richtige öffent-
liche Volksversammlung abzuhalten. Doch mit des Ge-
schicktes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen; und so
war es auch am letzten Sonnabend möglich, im genannten
Hause für Männer und Frauen ein Referat des Genossen
Aug. Kersch-Wandstedt entgegen zu nehmen, über:
„Die Revolution der letzten Tage und Wochen.“ Der
Redner beleuchtete die gegenwärtigen Verhältnisse in Rus-
land, und wies auf die Korruption in Preußen-Deutsch-
land, speziell in Oldenburg (Müßtrater Prozess) usw. hin,
wovon sich tagtäglich jedermann überzeugen könne. So-
dann sprach Gen. Kersch in kurzen Umrissen über die Land-
tagswahl. Genosse Westphaling forderte zum Beitritt
in den Sozial. Verein auf. — Circa 75 Personen waren
anwesend, darunter 7 Frauen. Auch einige Bürgerliche
waren vorhanden.

Genin. Anzeigepflichtige Krankheiten
wurden im Monat März im Bezirkamt 48 gemeldet, das-
von an Scharlach 17, Masern 18 an Genin 4, Schwartau-
Krankheit 11, Keuchhusten 3 (in Genin 1), Diphtherie 10
(in Genin 3).

Kleine Chronik der Nachbargemeinde. Pestver-
dächtige Statten. Auf dem von La Meis an die
Stadt Hamburg gekommenen Hamburger Dampfer
„Desterra“, Kapitän Bauer, sind bei der Entladung der
Ladung tote Ratten vorgefunden worden, hinsichtlich deren
der Verdacht besteht, daß sie an Pest kranken sind. Die
Behörde hat die Entladungsarbeiten vorläufig sistiert und
dem Dampfer einen isolierten Liegeplatz im Jonassafen
anweisen lassen. Die Untersuchung der Kadaver, die im
Hygienischen Institut erfolgt, ist noch nicht abgeschlossen.
— Unter russischen Schmittern auf dem Gut Neustein bei
bei Gadebusch sind die schwarzen Boden aus-
gebrochen; bislang ist nur ein Todesfall eingetreten.
— Ein Großfeuer zerstörte den Besitz des Fuhrers Bach,
Wellew, in der Nähe Koldings. Ueber dreißig Stück
Vieh und fünf Pferde verbrannten. Das Feuer ist
durch ausgeworfene glühende Nische entstanden. —
Rettung Schiffbrüchiger. Rettungsstation Labe
telegraphierte: Am 11. April von der auf der Kolberger
Heide gestrandeten schwedischen Galtse „Scheila“,
Kapitän Karlsson, mit Kopfknechten von Lyfjel nach Kiel
bestimmt, fünf Personen durch das Rettungsboot „Walter
Wolfgang Gern“ der Station gerettet. — Der am letzten
Mittwoch im Oldenburger Kulturprozess ver-
urteilte Redakteur Biermann wird zwar keine Revision
einlegen, wohl aber ein Gnadengesuch an den Groß-
herzog einreichen.

Hamburg. Eine schwere Kesselexplosion
erfolgte diese Nacht gegen 1 1/2 Uhr Gr. Bleichen Nr. 16
im Kesselhaus vom Hamburger Hof. Zwei Arbeiter
sind tot, drei weitere sind durch Brand un-
den Lebensgefährlich verletzt. Es werden dem
„G.“ folgende Einzelheiten über den traurigen Unglücks-
fall gemeldet: Auf bisher unaufgeklärte Weise pläzte um
die angegebene Zeit ein Dampfrohr im Kesselhaus. Von
den dort beschäftigten sechs Heizern und Maschinenisten war
einer ausgegetreten und ist ohne Schaden davongekommen;
die übrigen fünf erlitten arge Brandwunden. Wie mit-
geteilt wird, suchten zwei Arbeiter, die neben dem Kessel
beschäftigt waren, trotz ihrer Verletzungen die Eingangstür
zu erreichen, fanden sie aber verschlossen; nach langer
Mühe gelang es schließlich die Tür aufzubrechen. Passanten
eilten zu Hilfe und holten einen der drei auf dem Kessel
arbeitenden Maschinenisten noch lebend, aber furchtbar ver-
brannt heraus. Als dann die Feuerwehr erschien, konnte
noch ein Arbeiter dem Brande entzogen werden,
während der dritte auf dem Dampfrohr tot aufgefunden
wurde. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus ist
dann einer der Schwerverletzten verschieden, ein anderer
ringt noch mit dem Tode.

Hamburg. Zur Lohnbewegung der Möbel-
und schiffbauarbeiter in Hamburg-Altona.
Der Deutsche Holzarbeiterverband hielt gestern Abend eine
Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete:
Weiterer Beschlußfassung betreffs der Lohnbewegung. Neu-
mann teilte mit, daß die Verhandlung betreffs Abschluß
eines Tarifvertrages als gescheitert betrachtet werden
müssen. Die Arbeitgeber legten einen abgeänderten Tarif
vor, während ursprünglich ein ganz anderer, den die Arbeit-
nehmer annahm, vereinbart worden war. Man könne
nicht wissen, ob auch die Bautischler-Neigung zeigen, ihren
Tarif auf zwei Jahre festzulegen. Die Verwaltung bringe
nunmehr folgenden Antrag in Vorschlag: „Die Ortsver-
waltung wird beauftragt, alle Mittel in Anwendung zu
bringen, um den festgesetzten Forderungen Anerkennung zu
verschaffen. Die Verammelten verpflichten sich, den An-
ordnungen ihrer Vertreter zu folgen.“ Nach einer lebhaften
Debatte, die sich bis Mitternacht hinzog, wurde vorstehen-
der Antrag angenommen. In den nächsten Tagen soll
eine Bautischler- und Bauanschläger-Versammlung zwecks
Weiterberatung stattfinden.

Hamburg. Aus dem Oberlandesgericht.
Der Ausdruck „Streitbrecher“ ist in Arbeiter-
kreisen beleidigend. Im vorigen Jahre gewann
bei einem Verkaufswettbewerb ein Brauer K. den Sieger, der
sogar verurteilt wurde. Ein in Berlin erscheinendes
Sportblatt berichtete über dieses „Ereignis“, daß erfreu-
licherweise der Gewinner ein Mann sei, der gerade das

Gut gut gebrauchen könne, denn er sei ein streitender
Brauer. Kurz darauf teilte das Blatt Berichtend mit,
daß die Notiz über den Gewinner auf Irrtum beruhe,
denn es handle sich nicht um einen Streitbrecher, sondern
um einen Streifbrecher. K. fühlte sich hierdurch be-
leidigt und erzielte auch die Verurteilung des Redakteurs
der Sportzeitung zu einer Geldstrafe. Der Beurteilte
legte gegen das Urteil der Berufungsinstanz Revision ein,
die vom Senat des Hanseatischen Oberlandesgerichts
mit folgender Begründung verworfen wurde: „Der Vorder-
richter hat keineswegs verkannt, daß der Ausdruck „Streit-
brecher“ nicht nach allgemeiner Auffassung unbedingt be-
leidigend ist; er hat aber tatsächlich festgestellt, daß unter
diesem in Arbeiterkreisen, denen der Prioatkläger angehört,
derjenige Berufsgenosse verstanden wird, welcher sich
eines zu mißbilligenden und unehrenhaften Mangels an
Solidaritätsgefühl schuldig macht und sich an einer
Arbeitsniederlegung nicht beteiligt. Der Vorderrichter er-
achtet ferner als feststehend, daß der Angeklagte sich dieser
Bedeutung des Ausdrucks „Streitbrecher“ in Arbeiter-
kreisen bewußt gewesen ist, also die beleidigende Natur
jenes Ausdrucks in Arbeiterkreisen gekannt hat. Dies ge-
nügt zur Anwendung des § 185 des St.-G.-B., denn es ist
gleichgültig, ob nach allgemeiner Verkehrsauffassung jener
Ausdruck einen Tadel involviert, es genügt vielmehr, daß
derselbe in denjenigen Kreisen, denen der Prioatkläger an-
gehört, eine ehrenkränkende Bedeutung hat. Die Auf-
führung der Revision, daß es sich nur um einen Scherz
gehandelt habe, ist im Hinblick auf die Feststellung, daß
sich der Angeklagte des beleidigenden Charakters jenes
Ausdrucks bewußt gewesen sei, unbeachtlich. Auch die
Wiederlage des Angeklagten ist mit Recht von der Vor-
instanz zurückgewiesen, da tatsächlich festgestellt ist, daß
der Kläger den Prioat zur Wahrung berechtigter Inter-
essen verletzt hat und das Vorhandensein einer Be-
leidigung auch nicht aus dieser Fassung zu entnehmen
ist. Dies gilt insbesondere von dem Ausdruck „grobe
Schraubenschrauberei“ in jenem Schreiben; denn wenn der
Prioatkläger schreibt: „Ich möchte bitten, daß Sie das-
selbe widerrufen, auch werde ich wegen dieser groben
Schraubenschrauberei noch Strafantrag stellen, denn so was
erlaubt sich noch nicht das „Hamb. Echo“, so wird damit
nur der Artikel des Blattes als ein Akt der Ehrenabschnei-
dung qualifiziert, nicht aber, wie von der Revision ausge-
führt ist, der Angeklagte selbst als ein Ehrenabschneider
bezeichnet.“

Segeberg. Großfeuer. Während der Montag-
nacht brannte der hinter Gildorf belegene Hof Wohl-
total nieder. Die Bewohner konnten nur das nackte
Leben retten, ihre ganze Habe verbrannte. 36 Stück Vieh,
8 Pferde und 2 Fohlen kamen in den Flammen um.

Lobendorf. Straßenraub. Der Bäcker-
Wohmann wurde Sonntagabend von zwei Männern
überfallen und aufgefordert, seine Taschenuhr und sein
Portemonnaie herauszugeben. W., der scheinbar den
Mäubern den Willen tat, benutzte einen gegebenen Augen-
blick, um seine Wertsachen zu überwälzen; es gelang
ihm auch, einen der Wegelagerer mit einem Stock zu
Wohn zu schlagen, dann entflohen er. Obwohl ein Räuber
auf ihn schoß, gelang es W., zu entkommen.

Friedland. Zur rechten Zeit gestorben. Nach
dem kürzlich erfolgten Tode des Bürgermeisters
Böh in Friedland (Mecklenburg) hat sich herausgestellt,
daß der Verstorbene seit Jahren fälschlich und
Unterstellungen in großem Umfang verübt hat.
Die bisherigen Ermittlungen haben einen Fehlbetrag von
200 000 Mk. ergeben. Besonders geschädigt sind durch
Fälschungen die Stadt-Kassensache, die Hospitalverwaltung
und mehrere Bankinstitute. Die Zahl der mit in die
Affäre hineingezogenen Privatpersonen soll groß sein.
Ueber den Nachlaß des Verstorbenen ist das Konkurs-
verfahren eingeleitet worden. Die Angelegenheit er-
regt weit über den Ort hinaus das größte Auf-
sehen.

Sarbu g. Wieder eine Lohnkürzung. Die
hiesigen Unternehmer in der Fischkonerven-Industrie haben
eine Lohnkürzung von 25 Pfg. pro Tag vorgenommen.
Die kürzlich eingetretene Geschäftsflaute benutzten die Unter-
nehmer sofort dazu, um den fargen Lohn der Arbeiterinnen
noch mehr herabzudrücken. Die Arbeiterinnen sollen sich
jetzt mit 1,75 Mk. pro Tag zufriedengeben, während sie
früher 2 Mk. erhielten. Der Abzug bedeutet einen Verlust
von 1,50 Mk. pro Woche. Ein solches Vorgehen finden die
faulen Herren ganz in der Ordnung, wenn aber die Ar-
beiterinnen sich der furchtbaren Ausbeutung zu erwehren
suchen, dann schreien sie Zeter und Mordio. Der Profit
geht den Herren Unternehmern eben über alles.

Bremen. Bei der gestrigen Senatswahl wurde der
Rechtsanwalt Dr. Dreier gewählt. Ein von der Linken
eingebrochener Verlagsantrag wurde vom Senat abge-
lehnt, ein neuer sozialdemokratischer Verlagsantrag ab-
gelehnt. Die Sozialdemokraten verließen darauf das Lokal.
Die Linke gab darauf bei der Wahl 38 weiße Stimm-
ab. — Unser Bremer Parteiorgan schreibt hierzu: Mit dieser
Wahl ist der Senat um ein Mitglied vermehrt worden,
das von jeher als einen der reaktionärsten Vertreter
der Bürgerschaft gelten konnte. Man braucht sich bloß der
Aussprüche des Herrn Dr. Dreier bezüglich der Be-
ratungen über das Bürgerrechtswahlrecht über die Bür-
gereid-Neform“ und aus der Kohlennot-Debatte im Jahre
1900 zu erinnern, um zu wissen, in welchem Sinne die
neue „Kraft“ seine Tätigkeit zum „Wohle des Volkes“ ein-
richten wird. Für diesen neuen Senator sind übrigens
auch noch einige Vertreter der bürgerlichen Linken einge-
treten, die es noch nicht einmal über sich bringen konnten,
bei der endgültigen Wahl mit dem weißen Stimmzettel zu
demonstrieren. Bei 150 Bürgerchaftsvertretern zieht Herr
Dr. Dreier von 47 Vertretern, also kaum einem Drittel
der Bürgerschaft gewählt, in den Senat.

Neue Nachrichten.

Stettin. Seemanns-Los. Bei Ferschöft fran-
dete im Sturm ein Rügenwalder Fischkutter;
die ganze Besatzung ist ertrunken.

Breslau. Schwarze Blattern. Wie die „Ober-
schlesische Zig.“ meldet, sind in Rosenburg die schwarzen
Blattern ausgebrochen. Zwei Fälle sind bereits
tätlich verlaufen, drei Personen befinden sich noch
in ärztlicher Behandlung. Die Krankheit soll von russischen
Auswanderern eingeschleppt worden sein.

Wohum. Bergmanns-Los. Auf Seche Bruch-
frage verunglückten zwei Bergleute durch
Sturz in den Bremschacht. Beide waren sofort tot. Auf
Seche Konstantin, Schacht 45, verunglückten drei
Bergleute, von denen einer gleich tot blieb, wäh-
rend die beiden anderen lebensgefährliche Verletzungen
erlitten.

Seidelberg. Einsturz in einer Kirche. Wäh-
rend der Abendbetende stürzte in der katholischen Kirche
in Wulsch eine an der rechten Seite angebrachte Tribüne
in der Länge von 12 Metern unter donnerartigem Ge-
lärm herab und begrub vier Kinder. Ein elf-
jähriges Mädchen ist seinen Verletzungen
erlegen.

Bereinigung der Maler.

Am 10. April starb unser Kollege
Gerds.

Seine feinen Andenken!

Berufung zur Trauerfeier am Freitag den
14. April 1905 vorm 9 1/2 Uhr im Vereinshaus.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht

Der Vorstand.

Ein hübsches Pögis ist zu sofort zu ver-
mieten
Hundestraße 17, II., bei Grün.

Eine zuverlässige Haushälterin
ohne Anhang
zu sofort gesucht.

Respektantinnen wollen sich melden mittags von
12 bis 1 und abends nach 6 Uhr.
H. Maack, Schwartauer Allee 168.

Ein moderner Kinderwagen
billig zu verkaufen
Alteheide 5, II.

Ein guterhaltener Kinderwagen
mit Gummireifen billig zu verkaufen
Wehhoftstraße 57, I.

Ein sehr gutes Fahrrad
billig zu verkaufen
M. Wendorf,
Schwarzen Kalkenbeil 14.

Zu verkaufen:
150 Jan. 4 Polsterstühle (grün Ripps).
Näheres Standortstraße 28, II

Kartoffelland
gebüßt, zu verpacken, 50 Pfg. Ver-
messung den 9., 16. und 24. April, morg. 7 Uhr.
Gallies, Besten.

Ein schön gearbeitete Schürzen
billig
Engelsgrube 72.

Empfehle meinen Kisten- u. Saarschneidemaschine.

Joh. Tams, Weierstraße 31.

Saubere und prompte Bedienung.

Beim Kaiserl. Patentamt eingetrag.



Schnapsstraße Nr. 71/60.
i. Schützen- u. G. Vereinsstr. 8. Erbs. oder

Schmerzloses Einsetzen
künstlicher Zähne

ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen
Teilzahlung gestattet.

M. Marks, Mühlenstr. 28.

H. Schultz
Uhrmacher u. Goldschmied
ob. Johannisstr. 20
Große Auswahl zur
Konfirmation:
Uhren, Ringe, Brochen,
Manschettenknöpfe etc.
Eigene Werkstatt
Sind bereit bei den Schmelzwerken zu kaufen

Der Deutsche Reichstag
1903-1908.

Biographisch-historisches Handbuch

von
Joseph Kürschner.

Stimmliche Reichstagsgebäude
hat auch diese Biographien abgedruckt
Preis 50 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Sie verdienen viel Geld!
Wenn Sie ein Fahrrad ohne
Schlüssel und ein
Schlüssel in 10 Minuten
fertig machen
dann verdienen Sie
mindest 50 Pfg., Schlüssel 25 Pfg., Schlüssel-
Schlüssel 150 Pfg., Schlüssel 100 Pfg.
H. A. Hill, Jahrgang 9
3. Oberstr. Vorderüber Köpfer Arbeit

Visit-Karten

auf 2. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.

Die Druckerei des Loh. Volkshaus

Sportklub „Frisch auf“.
General-Versammlung
am Freitag den 14. d. abends 9 1/2 Uhr.
Der Vorstand

Stammesmäßiger Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargemeinde“ sowie der mit P. L. bezeichneten Artikel und Notizen:
Johannes Stilling — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargemeinde“ sowie die mit P. L. bezeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig
Bismarck: Theodor Gernert — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Grosser Ausverkauf

Wegen Umbau und Erweiterung der Ge-
schäftsräume verkaufe bis 15. April

**sämtl. Manufaktur- u. Aussteuer-
Artikel,**

Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion,
fertige Betten und Bettfedern
mit 10 Prozent Rabatt bei Barzahlung!

Alle neuen Frühjahrs- und Sommer-Artikel
sind eingetroffen und einbezogen.

Schwarze Damen- u. Konfirmanden-Jacketts von 3 Mk. an,
schwarze Konfirmanden-Anzüge von 7—25 Mk.,
Gardinen, weiss und crème, von 20 Pfg. bis 1,50 Mk.

Sämtliche Reste mit 25 bis 50 % Rabatt.
Billigste Preise Grösste Auswahl.
mit 10 % Reelle Bedienung.

Albert Meincke Lübeck,
Obere Aegidienstr. 15, Ecke Königstr.

In allen Verkaufsstellen:
prima neuer holst. Käse pro Pfd. 20 Pfg.
Hansa-Meierei.

Zilsiter Käse (ausnahmsweise schön)
à Pfund 80 Pfg. und 60 Pfg.
empfehle **Th. Storm, Königstraße 98.** Fernspr. 478

Zur Konfirmation

empfehlen unsere prachtvollen

**Gratulations-
Karten**

zu
billigsten Preisen.

Lübecker Gesangbuch
in mehreren Preislagen.

Unsere Kolporteurs nehmen Be-
stellungen entgegen: dieselben
werden schnellstens ausgeführt.

Wiederverkäufern gewähren wir
hohen Rabatt.

Friedr. Meyer & Co.
Buch- und Papierhandlung
50 Johannisstrasse 50

Die
letzte Woche
vor d. Konfirmation
veranlaßt mich, die Preise für
Konfirmandinnen-Jacketts ganz
bedeutend herabzusetzen, z. B.
schwarze Rammgarn-Jacketts
gefüllt, jetzt durcheinander
Wert
Stück Mk. 3.00 6—9.00 Mk.

Ebenfalls
werden die vorrätigen
Konfirmanden-Anzüge
riesig billig verkauft.
Billigste Qualität:
jetzt pr. Anzug Mk. 3.00.

Die besseren Artikel jetzt 10—15
Proz. im Preise ermäßigt.

Otto Albers
Kohlmarkt 10. Markt 4.

Lübecker
Genossenschaftsbäckerei
E. G. m. b. H.

Ordentliche
General-Versammlung
am Mittwoch den 19. April
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kasienbericht vom 1. Quartal
1905.
Anteilscheine legitimieren.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
E. G. m. b. H.
P. Pape. J. Büger.

Gesang-Berein der Zimmerer.
Quartals-Versammlung
am Donnerstag den 13. April
abends 8 1/2 Uhr
bei Joh. Brasch, Hundestraße 41.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Sportklub „ehemalig. Sänglinge“
General-Versammlung
am Donnerstag, 13. ds., abds. 8 1/2 Uhr.
Der Vorstand.

Stadt-Halle.

Freitag den 14. April:
Gastspiel des Original Japanischen
Schauspiel-Ensembles.
Zum ersten Male in Europa.
Zu originaler Ausstattung an Dekor-
ationen, Kostümen und Requisiten.

Bonin
der arme Edelmann.

Eine dramatisierte Begebenheit aus dem Leben des
berühmten japanischen Feldherrn General Kuroki.

Fatum.
Eine japanische Schicksalstragödie.
Preise der Plätze im Vorverkauf: Loge 3 Mk.
1 Parquet 2 Mk., Balkon 1 50, 2. Parquet 1 Mk.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 13. April.
Abends 7 Uhr. Ende 12 Uhr.
201. Vorstellung 29. Donnerstags-Abonnement
Benefiz für Hans Hofer.

Faust I. Teil.
Freitag den 14. April 1905. 202. Vorstellung
Das Glückchen des Eremiten.
Hierauf: **Cavalleria rusticana.**

Verbandsstage und Generalversammlungen.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter. In der Freitag-Abend-Sitzung wurde die Statutenberatung zu Ende geführt. Die Vormittags-Sitzung des letzten Verhandlungstages beschäftigte sich mit den Anträgen zum Streikreglement. Der Verbandstag beschloß u. a. die Erhöhung der Umlage unter d. s. u. a. Sie betrug bisher bei einer Entfernung von 20 bis 50 Kilometern 15 Mt., von über 50—100 Kilometern 25 Mt., von über 100 Kilometern 35 Mt. Sie beträgt jetzt 20, 30 und 40 Mark auf die angegebenen Entfernungen. Weiter wurde beschlossen, daß ein Streik schon beendet werden kann, wenn ein Drittel der Streikenden die Beendigung beschließt. Ein fernere Beschluß lautet: Verweigern ledige Kollegen die Arbeit, so ist ihnen nach Ablauf der ersten Streikwoche die Unterstützung auf die Hälfte zu reduzieren und nach Ablauf der zweiten Streikwoche ganz zu entziehen. (Besitz zu § 20 des Streikreglements) Als wichtige Neuung ist auch der Beschluß zu bezeichnen, wonach die Bewilligung von Streiks und Sperrten durch die Hauptverwaltung unzulässig ist, wenn die Zahlstellen ihre Schulden an die Organisation noch nicht gedeckt haben. Ferner wurde die Zahl der Mitglieder, die einer Delegierten wählen dürfen, von 250—500 auf 500 bis 700 erhöht. Kurz vor Schluß des Verbandstages entzündete sich noch eine lebhafte Debatte über einen vom Verbandstag angenommenen Antrag aus Spandau, der die Aufschaffung der Alfordarbeit verlangte. Diese Angelegenheit hat auch die früheren Verhandlungen der Delegation schon beschäftigt, aber trotzdem sei, wie der Vorsitzende Behrendt hervorhob, von einer Einschränkung der Alfordarbeit noch nichts zu bemerken. Nach der heutigen Beschlusse werde an dem Uebel nicht viel zu ändern vermögen. Weil die Bedingungen dazu noch nicht vorhanden seien. Die Diäten für die Delegierten wurden auf 7 Mt. festgesetzt. Der Verbandstag nahm sodann noch folgende Anträge an: 1. In Erwägung, daß die Unternehmer verpflichtet sind, jedem ihrer Arbeiter einen bestimmten Teil der Beiträge für die Kranken- und Alters- und Invalidenversicherung zu zahlen, beschließt der Verbandstag, daß die Organisation die Hälfte der von den Verbandsangestellten zu zahlenden Beiträge für die Unterstützungsbereitschaft zu tragen hat. Ebenso beschließt der Verbandstag, daß die Zahlstellen, die Vorkassebeamten haben, diese verpflichtet, daß sie sich der Unterstützungsbereitschaft der in der Arbeiterbewegung Angehörigen anzuschließen haben; die Zahlstellen haben die Hälfte dieser Beiträge ebenfalls zu tragen. 2. Allen Verbandsbeamten sind acht Tage Ferien zu gewähren. Nun gelangte eine Resolution zur Annahme, die alle Zahlstellen verpflichtet, in Anbetracht der fortwährenden Preissteigerung aller Konsumartikel ihren Vorkassebeamten ein Mindestgehalt von 1800 Mt. zu zahlen. Der Hauptvorstand wurde um zwei Mitglieder vermindert. Insofern die alten Beamten in Frage kommen, wählte der Verbandstag dieselben wieder; neu gewählt wurden als zweiter Vorsitzender Brandmohr, Bremen, während bezüglich eines neu einzustellenden, zweiten Kassierers dem Vorstand das Recht eingeräumt wurde, sich eine geeignete Persönlichkeit dazu heranzuziehen. Nach Wahl der Revisoren bestimmte der Verbandstag zehn Delegierte zum nächsten Gewerkschaftskongress. Als Termin des Inkrafttretens des neuen Statuts wurde der 1. Mai festgesetzt. Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet. Nach einem kräftigen Schlusswort des Verbandsvorsitzenden Behrendt, das in einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf die Organisation ausklang, wurde der Verbandstag geschlossen. Darauf sangen die Delegierten stehend die Arbeiter-Marschallse.

Der achte Verbandstag der Maurer Deutschlands trat am Sonntag in Braunschweig im „Hofjäger“ zusammen. Nach einer Begrüßung der Delegierten durch stimmungsvolle Darbietungen einer Musikkapelle und mehrerer Arbeiter-Gesangsvereine hiß der Braunschweiger

Gauvorsitzende Obermeier die Delegierten herzlich willkommen. Sodann eröffnete Reichstagsabg. Bömelburg mit einer kernigen Ansprache, in der er die Geschichte der braunschweigischen Maurerbewegung einer Etablierung unterzog, den Verbandstag. Die Tagesordnung wurde darauf wie folgt festgesetzt: 1. Berichte: a) des Verbandsvorstandes, b) des Ausschusses, c) der Redaktion des „Grundstein“ über ihre Tätigkeit seit dem letzten Verbandstag. 2. Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks. (Referent: Efftinge.) 3. Korporative Arbeitsverträge. (Referent: Bömelburg.) 4. Malfeler. (Referent: Medskeur B. P. l. o. w.) 5. Beratung der sonstigen Anträge, soweit sie nicht bei Punkt 1 bis 3 erledigt sind. 6. Wahl des Verbandsvorstandes, der Redaktionen u. Die sodann vorgenommenen Bureau- und Kommissionswahlen ergaben folgenden Resultat: Bömelburg, Hüttmann, Frankfurt und Silberstein, Berlin, Vorsitzende mit gleichen Stimmen, Müller-Berden, Feine-Meyer, Koppin-Berlin, Rende-Dresden, Obermeier, Braunschweig und Sieckmann-Lübeck, Schriftführer. Nach Vornahme der Wahlen für die Redaktions- und Mandatsprüfungskommission wurden die Verhandlungen auf Montag vormittag verlagert.

Sozialer und Parteileben.

Der Gewerkschaftskongress wird von der Generalkommission auf Montag den 22. Mai 1905 nach Pöhlva abberufen. Er findet im „Gartenhof“ statt. Als Tagesordnung ist vorläufig festgesetzt: 1. Eröffnung der Geschäftsversammlungen (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.). 2. Resolutionsbericht der Generalkommission (Verleitetatter C. Leichter-Berlin). Beratung der Anträge, betreffend: a) Allgemeine Agitation; b) Agitation unter den Arbeiterklassen; c) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern; d) Streikunterstützung und Streikstatistik; e) Heimarbeit; f) Beteiligung des Kopf- und Logiswargens beim Arbeitgeber; g) Korrespondenzblatt. 3. Bericht über den Zentral-Arbeitersekretariat (Verleitetatter: K. Schmidt-Berlin) und Beratung der darauf bezüglichen Anträge. 4. Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik (Referent: T. H. Bömelburg-Hamburg). 5. Die Gewerkschaften und die Minister (Referent: K. Schmidt-Berlin). 6. Gewerkschaften und Genossenschaften (Referent: A. v. Elm-Hamburg). 7. Die Aufgaben der Gewerkschaftskongresse in der Gewerkschaftsorganisation (Referent: P. U. mbrecht-Berlin). 8. Die gesellschaftliche Veranbarung der Arbeiterklasse in Arbeitstammern oder Arbeiterkammern (Referent: A. Schäfer-Suttgart und D. H. u. E. Esser). 9. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge. Der Kongress wird am 22. Mai 1905 morgens 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 27. Mai tagen.

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats wurde in Dresden beschlossen.

Ein Theaterbesuch. Der Direktor dreier Theater in Breslau, Dr. Löwe, hat seine bisherige harte Ablehnung der Forderungen der streikenden Theater-Arbeiter dadurch geändert, daß er auf eine ernliche Anfrage des Gewerkschaftsvorsitzenden, Staatsrat Haverstein, unter welchen Bedingungen die Wiedereröffnung der ausständigen Bühnenarbeiter erfolgen könnte, folgende Antwort gab: 1. Diejenigen der Ausständigen, welche eine Wiederaufnahme in das alte Arbeitsverhältnis erfordern, haben ihren Wunsch unter gleichzeitiger Ausdrück des Bedauerns über ihr Vorgehen Herrn Direktor Löwe persönlich vorzutragen. 2. Diejenigen, welche von Herrn Direktor Löwe wieder eingestellt werden, haben ihren Austritt aus dem Verbands der technischen Bühnenarbeiter zu erklären. 3. Eine Lohnerhöhung wird bis auf weiteres nicht gewährt. Diese Antwort übertrifft alles, was man bisher von rückständigen Forderungsweltlern gewohnt war. Herr Dr. Löwe, der sich rühmt, ein moderner Mann und ein moderner

Schriftsteller zu sein, zeigt sich also reaktionärer als der Reaktionsär.

28 000 Italiener sind, wie die „Konstanzer Ztg.“ mitteilt, in den letzten Wochen nach Deutschland eingewandert. Sie haben sich besonders nach dem Süden und Westen des Reichs verteilt. Das Aufströmen italienischer Arbeiter hält noch an.

Bei den Gemeinderatswahlen in Piaz, von denen wir berichteten, daß zwölf Sozialdemokraten in die Stichwahl kamen, hat diese Stichwahl den Sieg erfreulicherweise dahin verurteilt, daß zehn Sozialdemokraten neben zwei Nationalen gewählt wurden. Die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten nämlich über 5000 Stimmen und die beiden unterlegenen Genossen wurden von den siegenden Nationalen nur um wenige Stimmen überholt. Die nicht von den Nationalen unterstützten Nationalen brachten es nur auf 4000 Stimmen.

Aus Maß und Fern.

Ein verkauftes Dorf. Die Agrarkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich mit einer merkwürdigen Petition. Die Bewohner des Dorfes Schöbis im Kreise Uckermarken verlangen auf jeden Fall verlassen und wollen, daß der Staat das ganze Dorf aufkaufe, damit sie ihre Heimat wo anders aufbauen können. Da der Staat schon viel Geld für die Schöbis verwendet hat zum Schutze gegen die jährlichen Überschwemmungen, so hat er sich zum Ankauf entschlossen. 12 Kauftraktate sind bereits für 342 800 Mark aufgestellt, auch die kleineren Dörfer sollen folgen. Schöbis wird binnen Jahresfrist verlassen sein. In der Stätte, wo es einst gestanden, wird ein Stauden für die Ober angelegt werden. Bisher sind preussische Dörfer bloß verschwunden, wenn der Militarismus einen großen Schicksalstag brachte.

Die Allmacht der Berliner Achtgroßenjugend wurde wieder in einem Prozeß erwiesen, der am Sonntag vor der Berliner Strafkammer unter Landgerichtsdirektor Oppermann Vorsitz gegen den Herausgeber der anarchistischen Zeitschrift „Kampf“, Johannes Holzmann (Senna Hoh), verhandelt wurde. Holzmann wurde nebst seinen Freunden fortgesetzt von Polizeipräsidium beobachtet und ließ eines Tages zwei dieser Polizeipräsidien polizeilich festnehmen. Die Namensangabe der Polizei, gegen die er klagen wollte, wurde ihm aber verweigert, und nun schrieb Holzmann an den Berliner Polizeipräsidenten einen Brief folgenden Inhalts: „Mein Herr v. Borries! Ich hatte heute ein Rencontre mit zwei Gentlemen, die sich rühmen dürfen, im Jurem und des Staatessold zu stehen. Da ich nicht gesonnen bin, mir meine persönliche Freiheit auch nur um ein Jota beschränken zu lassen, habe ich die Ehre, Ihnen mitzutellen, daß ich die Unversämten, die es ferner wagen sollten, mich zu bespödeln und zu begleiten, sei es, daß ich allein, sei es, daß ich in Begleitung anderer Personen gehe, mit der Faust ins Gesicht schlagen werde. Die Folgen und die Verantwortung tragen dann Sie, mein Herr Polizeipräsident.“ Dieser Brief zog eine Anklage wegen Vergehens gegen § 114 des St.-G.-B. nach sich und Holzmann erhielt vier Monate Gefängnis. Dr. Oppermann führte zur Urteilsbegründung aus: Daß von Seiten der Anarchisten Gefahren für die bestehende Gesellschaftsordnung drohen, sei gerichtsvorläufig und die Beobachtung von Anarchisten liegt im Kreise der Amtspflichten der Polizei. Der Brief enthalte ein solches Maß von Ueberhebung, eine solche Mißachtung jeder Autorität und eine so flagrant Unverschämtheit, sei frech, verlegend, feivol und schwer beleidigend, daß über das Mindestmaß hinausgegangen werden mußte. Der Staatsanwalt hatte in einer ebenso kräftigen Rede neun Monate beantragt.

Aus der Kaserne. Bürgerliche Blätter melden: Peinliche Geschichten lagen einer Verhandlung zu Grunde,

Der Günstige.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Josephine Hobalt war in ihrer äußeren Erscheinung dem Bruder ungemein ähnlich, nur kleiner von Figur und von zarteren Formen. Ihre Haut glänzte weißer, ihre Augen von hellerem Braun besaßen mehr Schmelz und ihr Haar zeigte sich um einige Nuancen lichter. Eine größere und augenfälligerer Verschiedenheit prägte sich im Charakter aus. War Albat Hobalt der Mann des öffentlichen Lebens, der im vollen Strome des Verkehrs und der Zeit dahinschwamm, so verlor sich in Josephine das Ideal eines Weibes in ihrer jetzt fastlich nicht mehr allgemein angenommenen Auffassung. Sie hatte alle rauschenden Vergnügungen, lobte sich ihr stilles Heim, ihren Balkon mit seinen Geranien, Fuchsen und Rosen, seinen Festons von Kapuzinerkresse und Blaupflanzen, seiner äppigen Desperie von wildem Wein. Auch sie galt für wohlthätig und menschenfreundlich und behandelte ihre Untergebenen mit Güte, Nachsicht und Höflichkeit, doch prägte sich um ihren Mund ein etwas herber und verbitterter Zug aus, der bei ihr insofern nicht auf Heftigkeit und Schärfe der Sinnesart deutete, sondern mehr als der unterlassene Ausdruck eines tief schmerzlichen Kummers erschien, als der körperliche Ausdruck einer seelischen Wunde. Ihr finsterner Ernst, ihre Liebe und Gesamtheit, ihr nachdenkliches Wesen, ihre ängstliche Verschlossenheit in allen sie nicht angehenden Dingen schrieben sie wohl von derselben Ursache her; sie habe ein Geheimnis, erzählten die Nachbarn und Bekannten, was sie wußten auch Gewandtes darüber zu berichten. Josephine, flüster sie, sei in ihrer Jugend ein höchst interessantes Mädchen gewesen, lebensfähig, geistvoll, vielumwoben. Ihr Vater habe beschäftigt, sie mit einem Offizier zu verheiraten, sie habe sich aber handhaft geweigert,

weil ihre Liebe einem Schauspieler gehörte, einem Menschen, zwar leichtsinnig und gewissenlos, aber von eigenartig beständiger Erscheinung, der über alle Mädchenergen eine seltsame, geheimnisvolle Herrschaft ausübte. Der Vater bestand nichtsdestoweniger auf seinem Willen, und Pinni, kurz entschlossen, entfloh mit dem Manne ihres Herzens nach der neuen Welt. Als der frivole Geselle dort erkannte, daß sich ihre Eltern von ihr lossagen würden, wenn sie nicht von ihm ließe, und er also nichts von ihnen zu erwarten hatte, überließ er die Mittellose ihrem Schicksal. Sie sah ihn nie wieder, liebte ihn aber trotz seiner Erbarmlichkeit und beweinte ihn seitdem. Das war ihr Geheimnis, wie die Leute es sich in die Ohren raunten. Gewiß war, daß sie länger als drei Jahre abwesend blieb, erst nach dem Tode ihres Vaters kehrte sie zurück und gelangte in den Besitz der ihr zustehenden Hälfte seines bedeutenden Vermögens. Der reichen Erbin schickte es natürlich auch jetzt nicht an Bewerdungen und blendenden Anträgen, sie wies jedes alle Anerbietungen zurück und beharrte bei ihrer Abgeschlossenheit und Einsamkeit. Der Schanzplatz dieser Ereignisse war nicht Dresden, sondern eine südliche Stadt; derartige Nachrichten pflanzte sich indessen überallhin fort; in ihrer jetzigen Heimat, die ihr so verhängnisvoll werden sollte, war Josephine erst vor ungefähr zehn Jahren eingetroffen, den Bitten ihres Bruders, der sie in seiner Nähe zu haben wünschte, nachgebend. Anfangs brinnete sie die zweite Etage eines in der Nachbarschaft gelegenen Hauses, nach dem Ableben ihrer Schwägerin verlegte sie ihren Wohnsitz in die Villa ihres Bruders selber. Der Entschluß kostete sie aber, wie es schien, langes Abgern und ungeheure Ueberwindung. Wenn sich in ihrer Eigenheit, ihr derzeitiges Quartier zu beziehen, eine Art Vorsatz aussprach, so hatte dasselbe sie nicht betrogen. Erwald gemordet, Blutüberströmt, farr und bleich, fand Albat Hobalt diejenige wieder, die er wenige Stunden vorher in aller Frische des Lebens verlassen.

Der arme Mann brach bei dem grauenvollen Anblick zusammen — zu jäh war das Geschehliche über ihn gekommen.

„O, Pinni, Pinni!“ schrie er auf, als er wankenden Fußes an das Lager der Totten trat, dann sank er in die Knie und bedeckte schluchzend seine Augen mit den noch in den schwarzen Wäscen verborgenen Händen.

Die Umstehenden bezeugten seinem Schmerz durch längeres Schweigen ihre Achtung. Mehrere Minuten vergingen, bevor sich Hobalt so weit faßte, daß er aufstehen und sich mit der brennenden Frage an seine Umgebung wenden konnte, was denn geschehen sei? Wer das unerhörte Verbrechen begangen und aus welchem Grunde man dieses harmlose, kindliche, jugendliche Leben zerstört habe?

Inspektor Sartorius trat zu ihm hin, ihm ergrißen die Hand und die Schulter legend.

„Herr Hobalt, ermannen Sie sich — ich weiß zwar, daß man den ersten heftigen Schmerz lieber austoßen läßt und sich billige Trostgründe für geeignete Augenblicke ausspart, aber mein erstes Amt legt mir die Pflicht auf, einige Fragen an Sie zu richten, deren Beantwortung für unsere Recherchen von Wichtigkeit ist. Fühlen Sie sich im Stande, mir dieselben zu beantworten?“

„Ja — ich will es versuchen,“ erwiderte Hobalt mit zitternder Stimme.

„Ihre unglückliche Schwester ist allem Anschein nach das Opfer eines verurteilten Raubmordes geworden — der Sekretär hier ist geflohen, und zum Teil seines Inhalts entleert worden. Können Sie uns sagen, ob Fräulein Hobalt ihre Wertpapiere hier aufbewahrt?“

Der Angeredete harrete den Polizeibeamten eine Weile wie verstandnislos an, dieser mußte ihm die Frage wiederholen, bevor er ihren Sinn klar ersah.

„Ihre Wertpapiere — nein, höchstens ringelne Stücke vorübergehend. Sie hat dieselben bei ihrem Bankier depo-

